

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Anlage 15,250.
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl.
und Dringelosen 5 Rthl.
durch die Post bezogen 5 Rthl.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Schreiben für Extrablätter
ohne Postgebühr 25 Rthl.
mit Postgebühr 45 Rthl.
Jahrespreis 48 Rthl. Courtpreis 20 Pf.
Gedruckte Schriften laut unserem
Preisverzeichnis — Tabellenwerk
Sach nach höherem Tarif.
Kladden unter 1. Redaktionsdruck
die Spalte 40 Pf.
Zusätze sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pramonent an
oder durch Postwechsel.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

No. 307.

Sonnabend den 3. November 1877.

71. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsre Expedition ist morgen
Sonntag den 4. November nur Vormittags bis 1/9 Uhr
geöffnet.
Expedition des Leipziger Tageblattes.

Bekanntmachung.

Es sind hier seit einigen Tagen bei einer nicht unerheblichen Anzahl von Personen Erkrankungen an Eriehimose constatirt worden, die, wie die anatomischen Untersuchungen ergeben haben, auf den Genuss von Wurstwaren von der Wurstfabrik von O. Hinkelmann in Brunnshaus bezogen worden sind und durch den hiesigen Hausfrauen-Verein zum Verkauf gelangt ist.

Obwohl unter den obwaltenden Umständen anzunehmen, daß dergleichen Wurst bereits verbraucht ist, so unterlassen wir doch nicht, Solches hierdurch zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

Die Herren Ärzte werden übrigens hierdurch veranlaßt, jeden ihnen bekannt gewordenen oder noch bekannt werdenden Fall von Eriehimose-Krankheit oder Krankheitsverdacht unverzüglich bei uns zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 2. November 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann. Dr. Reichel.

Die Budgetdebatte im Dresdner Landhause.

die am 30. October stattfand und bei welcher die sächsische Finanz- und Eisenbahnpolitik zu eingehender Besprechung kam, hat ein so allgemeines Aufsehen erregt, daß wir uns für verpflichtet halten, unseren verlässigen Lesern Bericht nachträglich zu ergänzen und auszuführen. Wir werden hierbei namentlich im Hinblick auf unsere Leipziger Leser, die Ausführungen der Abgeordneten für Leipzig, Dr. Krause und Dr. Stephan, zu berücksichtigen haben.

Die Debatte wurde vom Finanzminister von Könnerich eröffnet mit einer ausführlichen Darstellung der Finanzverhältnisse, nach welcher die Verhältnisse 1874/75 einen Ueberschuß von über 9 Millionen geliefert hat, die Periode 1876/77 aber voraussichtlich mit einem Deficit in derselben Höhe abschließen wird. Der Minister gab sich zwar der Hoffnung hin, daß die gegenwärtig wahrzunehmenden Ausschüßle in verschiedenen Einnahmen, die eine beträchtliche Steuererhöhung nach sich ziehen, mit der Rückkehr normaler wirtschaftlicher Verhältnisse wieder verschwinden würden, fand aber doch in der gegenwärtigen Finanzlage die dringendste Aufforderung zur möglichsten Sparsamkeit.

Aus der Mitte der Kammer ergriff zuerst der Abgeordnete Herr Krause das Wort, dessen Rede in der gegenwärtigen Presse mannichfachen Verdrehungen und Mißdeutungen ausgesetzt gewesen ist und daher hier wiederholt (auf Grund stenographischer Niederschriften) folgen möge. Der Abgeordnete sagte:

Meine Herren! Das uns jetzt vorliegende Budget zusammen mit dem Redenschlüssel über die vergangene Budgetperiode bezeichnen einen sehr merkwürdigen Abschnitt in unserer sächsischen Finanzwirtschaft, in den Zuständen des sächsischen Staates und in seiner Finanzverwaltung. Während wir bisher nur immer von steigenden Einnahmen in unserem Budget gehandelt haben und während das Budget immer neue Bereicherungen der Ausgaben und während auch in diesem Saale die Stimmung der Mehrheit immer nur auf größere Ausgaben gerichtet war, wenn dieselben auch productiv sein sollten, so treten uns diesmal zuerst die sächsischen Finanzen und die Politik der Regierung aus. Hinsichtlich der Ausgaben mit einem ganz veränderten Gesicht entgegen. Wo wir bis jetzt Ueberschüsse auf Kosten des Staates zu unternehmen, tritt uns offenbar dafür ein Mangel in den Einnahmen entgegen, und der Herr Minister hat uns soeben am Schluß seiner Rede erklärt, daß er die Gewährung neuer Verhältnisse wesentlich mit darauf begründe, daß wir uns in den Anforderungen an die Staatskasse zu möglichen leeren. Meine Herren! eine solche Umkehr der Dinge rechtfertigt es wohl, wenn man einen Blick zurück wirft, nicht in der Rücksicht, um geschehene Dinge zu bekämpfen oder gegen diejenigen, welche davon Theil genommen haben, Vorwürfe zu erheben, sondern um sich ein Bild derjenigen Ursachen und Gründe zu entwerfen, welche den jetzigen Zustand herbeigeführt haben und um aus diesem Stande zu entnehmen, was man in der Zukunft wohl zu vermeiden haben wird, um nicht von Neuem in ähnliche unangenehme, ja schwierige Lagen zu geraten.

Wir haben vom Jahre 1872 ab bis zum Anfang der vorigen Finanzperiode wenigstens hier, in ganz Deutschland und namentlich und sogar länger dauernd als in Deutschland, her in diesem Stände, uns zu sanguinischen Hoffnungen hingelassen, haben zu viel unternehmen lassen und haben jetzt, die Einzelnen wie der Staat, die Folgen dieser ungehörigen Ausdehnung der Finanzpolitik zu tragen. Das ist im Allgemeinen die Hauptursache der jetzigen Lage, nicht bloß in Sachsen, sondern in ganz Deutschland, obgleich man nicht verschweigen darf, daß wir in Sachsen, selbst nachdem im Jahre 1873 die Hauptveränderung bereits eingetreten war, auf dem Wege, den die Schuldjahre eingeschlagen hatten, mit

besonders festen und nachdrücklichen Schritten vorgegangen sind. Hier nun komme ich allerdings zu einer Ursache der jetzigen Zustände, welche in der Rede des Herrn Ministers nicht angedeutet ist, welche aber zu unseren Finanzverwicklungen, wie ich glaube, den allergrößten und schwerlichsten Anstoß gegeben hat. Wir haben in offenkundiger Ueberschätzung unserer finanziellen Kräfte und der Kraft der Staatseisenbahnbauten in diesem Saale eine Reihe von Staatseisenbahnbauten beschlossen, welche damals schon als nicht sehr rentabel erschienen, deren Schwanz aber hier neben dieser Kammer noch der Regierung zum Vorwurf gemacht werden soll. Anders aber gestaltete sich die Sache, als am Schluß der vorigen Session des Landtags der Plan seitens der Regierung aufkommen wurde, sämtliche sächsische Privatbahnen in die Hand des Staates zu bringen, denn diesem Entschlus lag offenbar nicht bloß die Rechnung zu Grunde, daß die Erweiterung einer finanziell günstigen Linie wäre; es lag auch nicht nur die allgemeine Anschauung zu Grunde, daß man durch Vereinigung der Eisenbahnen in der Hand des Staates die allgemeine Wohlthat fördern wollte, sondern hier kam zu Tage, was ich und meine Freunde immer am meisten in der sächsischen Finanzdebatte und der sächsischen Politik zu beklagen haben: ein ungedachter und ungeschädeter Nutzen gegen die Einrichtungen des Reiches.

(Ob: Rechts und links. — Abg. Walter bittet um's Wort.)

Es ist niemals bestritten worden, auch nicht von Seiten der Regierung, weder in den öffentlichen Sitzungen, noch in den vertraulichen, daß die Erweiterung der Leipzig-Dresdner Eisenbahn vor allem Dingen und der überhöste Ankauf der nachliegenden Eisenbahnen ganz wesentlich davon beeinflusst war, daß damals in Berlin, wie man glaubte, das sogenannte Reichseisenbahnproject verhandelt wurde und daß man demselben vordringen wollte. Wir alle wissen ja ganz genau — und es wird, wie ich glaube, von Seiten der Regierung nicht bestritten werden — daß wir sowohl für die Leipzig-Dresdner Eisenbahn als für die nachliegenden Eisenbahnen durchaus Preise bezahlt haben, die den Werth des Gegenstandes weit überstiegen.

Als wir diese Dinge abgeschlossen, wußten wir bereits, in welchem Maße die allgemeinen Verkehrsverhältnisse im Rückgang waren; ja noch mehr, die Erfahrungen Deutschlands sowohl, als auch der anderen europäischen Staaten, die uns im Eisenbahnbau vorgegangen waren und namentlich die Erfahrungen in England hatten damals schon als eine vollkommen feststehende Tatsache erwiesen, daß in dem Maße, wie der Eisenbahnbau sich ausdehnt und die ursprünglichen einzigen Linien durch rechts und links gebaute Bahnen erweitert werden, der allgemeine Verkehr der Bahnen wesentlich sinken muß und daß dieser Verlust an Ertragsfähigkeit gerade diejenigen Linien am stärksten trifft, die bis dahin am besten gehalten haben. Wir haben nun, und ich glaube nicht, daß wir uns über die Rentabilität der Bahnen irgend welchen Irrthümern hingelassen haben, hier in Sachsen besonders die Leipzig-Dresdner Bahn, um diese in den Vordergrund zu stellen, weil ja hoch, weit über den Werth bezahlt, und wie ich schon früher hier in diesem Saale mit geklärter habe zu bemerken, was auch der Ankauf der nachliegenden Privatbahnen, wo wir ebenfalls weit mehr bezahlten, als wir dem Laufe der Dinge nach hätten geben müssen, wenn wir schließlich die nachliegenden Bahnen im Concurs ausgenommen hätten, eine Maßregel, deren übertriebene Ausführung sich auch zum großen Theil wohl dadurch erklärt, daß man rasch sich in den Besitz der sächsischen Privatbahnen setzen wollte. Nun, meine Herren, wie groß auch immer der Einfluß der unglücklichen wirtschaftlichen Lage ist auf die Einnahmen der Bahnen und wie sehr wir ja alle mit dem Herrn Minister aus der Hoffnung ausgehen, daß die Rentabilität der Bahnen wesentlich steigen wird, so glaube ich doch, daß die Erkenntniss hier in diesem Saale, wie in ganz Sachsen durchdringen wird, daß unsere Finanzlage durch das übermäßige Bezahlen der Bahnen zu einer Zeit, wo wir nicht durch wirtschaftliche, sondern bloß durch politische Gründe zu diesem Schritte getrieben worden sind, wesentlich nach der ungünstigen Seite verschoben ist.

(Auf: von Rechts und links: Rein!)

Öffentliche Plenarsitzung der Handelskammer

Montag den 5. Nov. d. J. Abends 6 Uhr in deren Sitzungssaale Neumarkt 18, I.

Tagesordnung:

- 1) **Constituierung der Kammer:** Wahl eines Vorsitzenden und eines stellv. Vorsitzenden.
- 2) **Zuwahl eines Mitgliedes.**
- 3) **Berufung der Präsidialräthe.**
- 4) **Wahl von 3 Mitgliedern in den Wahlausschuß.**
- 5) **Organisation und Befehung der übrigen künftigen Ausschüsse auf Grund der Vorschläge des Wahlausschusses.**
- 6) **Wahl eines Mitgliedes in den Handelschul-Vorstand an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Lorenz.**
- 7) **Bestellung des Jahresberichts-Entwurfs, Abschnitt „Telegraphenwesen“ (S. 32 u. 33).**

Bekanntmachung.

Für das hiesige Waisenhaus ist aus dem im Jahre 1869 verstorbenen Kaufmann Herrn Gustav Heinrich Schmidt und seiner am 15. Mai d. J. verstorbenen Ehefrau Henriette Christiane Schmidt geb. Scherzer angefallenes Legat in Höhe von 300 Mark durch deren Erben ausgezahlt worden.

Wir bringen dieses Bermächtigt hierdurch mit dem Ausdruck unserer herzlichsten Dankes zur öffentlichen Kenntniss.

Leipzig, den 29. October 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Resser-Schmidt.

Ich habe hier von mehreren Seiten Widerspruch gehört. Ich frage die Herren, ob sie wirklich glauben, daß wenn wir nicht die Hinsen der Staatsschuldscheine zu bezahlen hätten, die wir den Aktionären der nachliegenden Bahnen und die wir den Aktionären der Leipzig-Dresdner Bahn gegeben haben, so wir dann wirklich gezwungen sein würden, eine so enorme Steigerung der direkten Steuern einzutreten zu lassen. Es ist ein einfaches Redemittel, aus dem sich erklärt, daß dieser Ankauf der Leipzig-Dresdner Eisenbahn und der nachliegenden Bahnen die wesentlichste und Hauptursache der Finanzalamität ist.

(Auf: Nein, nein! von Rechts.)

Noch dazu hat die Regierung, wie ja auch inzwischen die Erfahrung gelehrt hat, ihren Hauptzweck durch jene Maßregel nicht erreicht und auch in dieser Hinsicht ist ja nur das eingetretene, was von dieser Seite damals mit Bestimmtheit vorausgesagt worden ist. Nach einer sehr beachtlichen und außerordentlich unermesslichen Differenz mit unseren großen Nachbarn ist die Linie Berlin-Dresden in die Hände der preussischen Verwaltung übergegangen und es ist damit meines Erachtens ein großer Theil derjenigen Zwecke, die man durch so große Opfer hat erlangen wollen, von vorn herein vereitelt worden. Ich muß offen gestehen, daß ich den Schaden nicht für groß halte, daß auch die künftige Regierung, wie ich sehr überzeugt bin, sich sehr bald, bereits jetzt, wie ich glaube, mit diesem Zustand verfahren hat, aber wir müssen uns wenigstens aus dem Gedachten die Lehre ziehen, daß es für Sachsen nicht gut ist, wenn wir in unserer inneren Politik und von Ansehen und Bekleidungen leiten lassen, die mit einem vollen Vertrauen in die Reichsdispositionen nicht vereinbar sind. Die gedachte Entwicklung Sachsen wird nicht nur auch dann nur wieder eine gänzlich neue sein können, wenn unsere Regierung von solchen Differenzen, von einem solchen Willkürtrauen grundsätzlich Abstand nimmt und wenn nicht mehr die sächsischen Finanzen mit Ausgaben belastet werden, die nicht zu den Zwecken des Landes dienen, sondern die wesentlich der Politik der Regierung haben dienen müssen, welche von ungerechtfertigtem Vertrauen gegen das Reich erfüllt war.

Nach dieser Aussprache über die Ursache unserer Finanzalamität, die wesentlich auf die Haltung der künftigen Regierung sich bezog, gestatte ich mir auch noch auf einen zweiten Punkt Rücksicht zu nehmen, der, wie ich glaube, nicht so der Regierung, sondern im Wesentlichen auch den Ansichten unserer Kammer hier zur Last fällt. In der ganzen Periode, über welche hier gesprochen wird, also seit dem Anfange der 70er Jahre, ist diese Kammer erregt worden von den Steuerdebatten und einer der Hauptgrundzüge, welche hier in dieser Kammer öfter ausgesprochen worden waren, war der, daß wir eine neue Steuer schaffen müßten, welche im Stande sei, größere Bedürfnisse rasch und sicher zu befriedigen. Es wurde gegen diese Anschauung grundsätzlich von anderer Seite aufgestellt, daß nichts bedenklicher und für die Consolidierung der Finanzzustände gefährlicher sei, als wenn man eine Steuer in der Hand habe, welche mit zu großer Leichtigkeit sich heben und die Laster der Bevölkerung dadurch vermehren ließe; und wenn ich mich recht entsinnere, so ist bei allen den Bewilligungen, die diese Kammer hier während der vorhergehenden Session ausgesprochen hat, im Hintergrunde immer die Meinung lebhaft gewesen, doch man es nicht so genau zu nehmen braucht mit den Ausgaben, da man ja in der Einkommensteuer, die noch und noch immer mehr eine feste Confiscation genannt werden kann, ein Mittel gefunden hat, die berechneten Mittel habe, um jedem Bedürfnis des Staates schaden zu genügen. Ich will durchaus nicht leugnen, daß mit einer Steuer wie unsere Einkommensteuer, welche nach einem Simplicium berechnet wird und nach einer beliebigen Anzahl von Simplicien ohne Weiteres erhoben werden kann, die Finanzverwaltung eine ungemein schneidige Waffe in der Hand hat, um jeder Zeit einen beliebigen Betrag zu erheben. Es gilt dies namentlich in einem Lande wie Sachsen, welches ja, wie ich dem Herrn Minister ganz zugestehen möchte, die Steuererhebung dieses Jahres ebenso überwinden wird, wie es die Steuererhebung der Jahre 1849/1850 und wie es die Steuererhebung von 1868/1869 ertragen

hat und wie das Land Sachsen die drückliche Wirtschaftstrage tragen hat, den 7 jährigen Krieg und die Kriege im Anfange dieses Jahrhunderts. Ich verzeihe mir in keiner Weise an der Lebensfähigkeit Sachsen; im Gegentheil (verschiedenartige Parteien) bin ich vollkommen überzeugt, daß wir diese Krisis vollständig überwinden werden. Aber etwas Anderes ist es doch für den Volkstreuer, ob er nicht Bedenken tragen muß eine solche Steuerpolitik einzuschlagen, welche unwillkürlich die gegenwärtigen Factoren, sowohl die Regierung als die Volkstreuer über die Befreiung der erforderlichen oder wünschenswerthen Geldmittel leicht hinweg gehen läßt. In einem Lande, wo man mit mehr oder weniger continuirlichen Steuern arbeitet, wie dies ja auch in Sachsen bis vor Kurzem der Fall gewesen ist, hat die Finanzverwaltung eine viel größere Sorge um die Bedeckung ihrer Bedürfnisse als da, wo man mit nichtcontinuirlichen Steuern, mit beliebig herabsetzbarer Höhe wie die jetzige Einkommensteuer arbeitet und wo sich jedes Deficit durch eine einfache Steuererhöhung ausgleichen läßt, ohne daß es irgend welcher außerordentlichen Maßregel bedarf. In den Landtagen, wo die Regierung dazu verhalten wurde, außerordentliche Steuerzuschläge zur Grundsteuer und Grundbesitz- und Personalsteuer zu beantragen, war der Schreck der Bevölkerung und auch die Schen innerlich der Regierung bei Weitem größer, als jetzt die Empfindung ist, daß man die Zahl der Simplicia, die ja schon von vornherein als Steigerungsbasis betrachtet worden ist, erhöht. Deshalb glaube ich, meine Herren, daß wenn wir dieses Deficit vor uns sehen, wir erkennen müssen, daß wir in der Gewöhnung, große Ausgaben zu machen, ohne deren Deckung als vorhanden vorher zu sehen und sogar in der Hoffnung, sie durch eine Steuererhöhung begleichen zu können, wesentlich eine Schuld an der jetzigen, wie der Herr Minister sich ausdrückt hat, schwierigen Lage unserer Finanzen haben. Wir werden, darin stimme ich, wie ich schon gesagt habe, mit dem Herrn Minister vollkommen überein, die Schwierigkeiten der Finanzen vollkommen überwinden. Ich glaube zwar nicht, daß sich eine Steuererhöhung sobald wird ermöglichen lassen, weil der wirtschaftliche Niedergang nicht einen so großen Theil am Ausfall der Einnahmen hat wie der Herr Minister meint, sondern weil, wie von mir schon erwähnt, dieser liegende Grund, also im Wesentlichen eine zu große Capitalanlage für minderwertige Eisenbahnen, auch eine dauernde Ursache dieser Erhöhung der Steuer abgeben werden. Aber wir müssen wenigstens für die Zukunft wünschen, daß auf einer Seite die Regierung in unbegrenztem Vertrauen gegen das Reich nicht Wege einschlägt, die unsere finanzielle Last vergrößern, und daß andererseits auch diese Kammer in der Steuerfrage sich der großen Gefahren recht bewußt wird, die daran entstehen, wenn man eine Steuerpolitik verfolgt, welche die letzteste und bequemste Handhabe zur gegenwärtigen Steuererhebung und einer letzten Steuererhebung gewährt.

Hierauf erwiderte der Staatsminister von Köstig-Wallwig:

Ich finde mich nur veranlaßt, um das Wort zu bitten, weil der geehrte Herr Abgeordnete die allgemeine Politik der sächsischen Regierung in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen hat. Ich erlaube mir darauf zu erwidern, daß die sächsische Regierung sich vollständig gegenwärtig zu der Politik bekennt, die sie bisher verfolgt hat, und daß sie den festen Beschluß hat, dieser Politik auch für die Zukunft treu zu bleiben. (Bravo!) Die Regierung hat stets auf das Beweisenhafteste — und das ist von allen Seiten anerkannt worden — ihre Pflichten gegen das Reich erfüllt. Sie ist der Reichsregierung mit demselben Vertrauen entgegengetreten, mit welchem ihr von Seiten der Reichsregierung, ich darf das wohl sagen, begegnet wird. Allen die sächsische Regierung wird fortfahren, mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, diejenige Rechte Sachsens zu verteidigen, die Sachsen bedeu, um seiner seitherige ehrenvolle Stellung in der Mitte der deutschen Bundesstaaten zu behaupten. (Bravo!) Von diesem Gesichtspunkte aus würde die sächsische Regierung nach meinem Dafürhalten sogar vollständig entschuldigt und gerechtfertigt sein, wenn sie dem Lande Opfer angenommen hätte, um ihre Eisenbahnen zu erhalten. (Sehr richtig.) Ich glaube, daß die deutschen Bundesstaaten alle Mitleid die sie irgend anwenden können, anwenden müssen, um